

schen Behörden beschickt wurden; hiervon 8 aus Preußen (vornehmlich der Regierung in Trier), 8 aus der Pfalz, 5 aus Bayern. Aus technischen Abteilungen der Reko kamen 17 höhere Beamte, ein ORR aus der Direktion des Innern, 4 Beamte von saarländischen Landratsämtern, bei 9 fehlt im Stellenplan die Angabe der bisherigen Verwendung. Wenn nun auch aus dieser Darstellung kein eindeutiges Pfälzer Übergewicht herauszulesen ist, so bleibt doch festzuhalten, daß mit Barth (als St. Ingberter gehörte er ehemals zur Pfalz und kam auch jetzt "aus der Pfalz"), Wambsgaß, Binder und Schmelcher wichtige Positionen mit Pfälzern besetzt wurden, die zudem auch zum engeren Führungskreis um Bürckel gehörten. Die Zentralverwaltung verfügte über 21 nicht-saarländische Beamte, und die Abteilung I A für die allgemeine und innere Verwaltung war zu zwei Drittel (von insgesamt 12) mit Nicht-Saarländern besetzt; das gleiche Bild zeigten die Polizeidezernate. Und zieht man die Stellenbesetzung von Parteiämtern, Stellen in den Gliederungen und angeschlossenen Verbänden mit in Betracht, so verstärkt sich das Bild noch weiter. Darüber hinaus wurden von der saarländischen Bevölkerung bei dieser "Fremdbestimmung" wohl auch Pfälzer und Bayern in einen Topf geworfen.

Die Bedenken der saarländischen Bevölkerung gegenüber der pfälzischen Kopflastigkeit versuchte Bürckel denn auch sofort zu zerstreuen. In einem Artikel in der "Saarbrücker Landeszeitung", "Gegen Lügner und Provokateure"²⁵, erklärte er zu den "Gerüchten" "eine(r) gewissen im Saarland nicht ganz unbekanntem Gruppe ..., daß die Partei, die SA und die SS sowie die Regierung von Nicht-Saarländern besetzt wären":

1. Er selbst sei für die politische Organisation zuständig, und in dieser gesamten politischen Organisation sowie der Deutschen Arbeitsfront des gesamten Saarlandes sei nicht ein einziger Nicht-Saarländer maßgebend; sämtliche Stellen der politischen Organisation und der DAF einschließlich seien mit Saarländern besetzt.
2. Die ihm nicht unterstehenden Gliederungen SA und SS könnten nicht in vollem Umfang von Saarländern besetzt werden, da die in Frage kommenden Personen noch nicht die notwendigen Ausbildungskurse absolviert hätten; die Führer dieser Verbände trügen jedoch dafür Sorge, die Führungspositionen sobald als möglich mit Saarländern zu besetzen.
3. Die Saarregierung sei als Rückgliederungsregierung ein Provisorium, und daher seien in sie Männer berufen, die mit den Rückgliederungsaufgaben schon länger betraut seien. Des weiteren sei in der zu schaffenden künftigen "Provinzialregierung" mit einer ausschließlichen Besetzung mit Saarländern kaum zu rechnen, wie dementsprechend in ähnlichen Fällen gemäß Anordnung des Reichsinnenministers im gesamten Deutschland verfahren werde.

Vielleicht erschien ihm selbst diese Argumentation zu dürftig, und so sollte der Hinweis auf zu ergreifende Maßnahmen gegen saarländische "Postenjäger" am

²⁵ S.L.Z. Nr. 91 v. 3.4.1935: "Gegen Lügner und Provokateure"; vgl. dazu auch NSZ-Rheinfront, Nr. 79 v. 3.4.1935: "Uff die Bääm ...!" v. K. Mages.